

Während im Kultur- und Wirtschaftsleben die vielfach zwangsläufigen Gesetzmäßigkeiten und Maßnahmen sich kaum kaschieren lassen, können die in der Religions- und Kirchenpolitik wesentlich anpassungsfähigeren und auch weniger fordernden ideellen Faktoren um so leichter dem Druck der wirklichkeitsfremden Ideologie geopfert werden. Da kirchenpolitische Schritte nicht von statistisch erfaßbaren Tatsachen erzwungen werden, bleibt die Entwicklung im kirchlichen Bereich hinter der allgemeinen zurück und ist somit Stückwerk. Manches auf diesem Gebiet steckt heute noch in den Schuhen der stalinistischen

Ära (Beispiel: das Verbot bzw. die eng eingegrenzte Tätigkeitserlaubnis für geistliche Orden). Darüber hinaus weiß man, daß zur Unterstützung der im Wirtschaftsleben unumgänglich notwendigen Handlungsfreiheit – gleichsam als Demonstrierung der ideologischen Zuverlässigkeit – gerne kleinere oder größere Repressalien im weltanschaulichen bzw. religiösen und kirchlichen Bereich angewendet wurden. So blieb es bislang Rom überlassen, von den ungarischen Politikern zumindest die Erfüllung der Reformen zu verlangen, die im Laufe der Verhandlungen von 1963 zugesagt wurden.

Emmerich András

Zwietracht im Paradies

Der Tamilen-Konflikt in Sri Lanka

Sri Lanka, wegen seiner landschaftlichen Schönheit gerne als Inselparadies gepriesen, ist durch ethnische, religiöse, kulturelle und nicht zuletzt soziale Gegensätze geprägt, die leider häufig zu offenen Konflikten zwischen einzelnen Volksgruppen führten (vgl. HK Juni 1980, 311 ff.). Insbesondere die seit Jahrzehnten äußerst gespannten Beziehungen zwischen Teilen der Singhalesen und Tamilen entladen sich in oft blutigen Unruhen. Allein im Juli 1983 kamen bei Ausschreitungen gegen Tamilen mindestens 500 Menschen ums Leben (nach inoffiziellen Angaben sogar über 2000), suchten 100 000 Tamilen zumindest zeitweilig in Flüchtlingslagern Schutz. Auch 1984 forderten Gewalttaten seitens tamilischer und singhalesischer Extremisten weit über 500 Opfer.

Die Lage der Tamilen

Das gesellschaftliche Leben Sri Lankas wird weitgehend von den *Singhalesen* beherrscht, Nachfahren der vor 2500 Jahren aus Nordindien eingewanderten Indo-Arier, die 74% der 15,5 Millionen Einwohner stellen. Die bedeutendste Minderheit bilden die *Tamilen* (18,2%), gefolgt von den „Moors“ (7,1%), Angehörigen der seit etwa 5 Jahrhunderten in Sri Lanka ansässigen muslimischen Gemeinschaft. Hinzu kommen zahlenmäßig sehr kleine Gruppen von Malaien und „Burghers“, Abkömmlingen holländisch- bzw. portugiesisch-stämmiger Mischlinge. Die 2,8 Millionen ursprünglich aus Südindien stammenden Tamilen sind eine sehr *heterogene Volksgruppe*. Die Hälfte von ihnen sind Nachkommen jener Einwanderer, die im Verlauf der letzten 2000 Jahre allmählich den Norden und Osten der Insel besiedelten. Dort lebt noch heute eine Million dieser Sri-Lanka-Tamilen, die übrigen wohnen in den städtischen Regionen zumeist der Westküste. In den Zentralregionen sind dagegen vorwiegend Indien-Tamilen ansässig, deren Vorfahren unter der britischen Kolonialherrschaft als Gastarbeiter – hauptsächlich für die Plantagen – ins Land kamen. Sie haben als Angehörige der niedrigsten Kasten bzw. Kastenlose nur wenig mit den

alteingesessenen Tamilen gemein und fühlen sich vielfach auch eher Indien verbunden. Im Rahmen des 1964 zwischen Indien und Sri Lanka geschlossenen Abkommens erhielten 500 000 dieser Tamilen die ceylonische Staatsbürgerschaft (sie werden offiziell den Sri-Lanka-Tamilen zugerechnet), etwa 350 000 wurden nach Indien repatriert, doch immer noch warten über 800 000 Indien-Tamilen als Staatsbürger „zweiter Klasse“ auf die endgültige Regelung ihres politischen Schicksals.

Der seit langem schwelende ethnische Konflikt betrifft in erster Linie die Sri-Lanka-Tamilen im Norden und Osten der Insel. Deren Gruppe hatte sich nach Jahrhunderten einer meist eher friedlichen Symbiose mit den Singhalesen unter der europäischen Kolonialherrschaft separat entwickelt. Die Gräben zwischen den Volksgruppen vertieften sich insbesondere unter der britischen Herrschaft, als die wirtschaftlich besser gestellten Singhalesen nur bedingt zur Zusammenarbeit mit der Kolonialregierung bereit waren. Den Tamilen boten dagegen die kargen, überbevölkerten Nordregionen nur begrenzte wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten, so daß viele die Gelegenheit nutzten, im Staatsdienst sozial aufzusteigen. Ihre besseren Bildungsvoraussetzungen halfen ihnen zudem, auch schneller in der freien Wirtschaft und in akademischen Berufen Fuß zu fassen.

Bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts beklagten nationalistische singhalesische Kreise die „tamilsche Überfremdung“, und gerade sozial unterprivilegierte Singhalesen sahen in den Tamilen eine unliebsame wirtschaftliche Konkurrenz. Auf diese Gruppen stützte sich denn auch die sozialistische „Sri Lanka Freedom Party“ unter *Solomon Bandaranaike* bzw. später seiner Witwe, *Sirimavo Bandaranaike*, wobei sie insbesondere über die Sprachenpolitik den Einfluß der Tamilen einzudämmen trachtete. Mit der Erhebung des Singhalesischen zur alleinigen Staatssprache (1956) waren bald die meisten Tamilen gezwungen, aus dem öffentlichen Dienst auszuscheiden, so daß ihr Anteil an den Staatsbediensteten bis 1970

auf 5% sank. Mittlerweile stieg er zwar wieder auf über 10%, doch gerade die Ordnungskräfte rekrutieren sich weiterhin – auch in rein tamilischen Gebieten – fast ausschließlich aus Singhalesen.

Die seit 1977 regierende konservative „United National Party“, die sich in der Vergangenheit regelmäßig mit der SLFP in der Regierungsverantwortung ablöste, ist zwar eher um einen Ausgleich bemüht, konnte sich aber dennoch nie den nationalistischen Tendenzen verschließen. So ließ sie 1978 Tamil wieder als zweite Staatssprache zu, schränkte seinen Gebrauch jedoch vor allem regional ein. Die entsprechenden Bestimmungen wurden zudem nur ungenügend in die Praxis umgesetzt, so daß z. B. auch heute der behördliche Schriftverkehr selbst dort weitestgehend auf Singhalesisch erfolgt, wo Tamil zulässig wäre. Bei tamilischen Bewerbern für den Staatsdienst werden außerdem höhere Anforderungen an die Zweisprachigkeit gestellt als bei Singhalesen.

Ebenso sind die Tamilen wirtschaftlich benachteiligt, indem etwa bei Investitionen die Belange der Singhalesen bevorzugt berücksichtigt werden. Dies wiegt um so schwerer, als die von der UNP geförderte Liberalisierung der Wirtschaft mit ihrem Abbau der Handelsschranken insbesondere die schwach strukturierte Landwirtschaft im Norden des Landes gefährdet. So ist verständlich, daß viele junge Tamilen mangels beruflicher Entfaltungsmöglichkeiten das Land zu verlassen suchen.

Die soziale Benachteiligung der Tamilen hat dem *Extremismus* erheblichen Vorschub geleistet. 1972 konstituierten sich die „Tamil Tigers“, hauptsächlich frustrierte Studenten und Jugendliche, die sich an der maoistischen singhalesischen Jugendrevolte des Jahres 1971 orientierten. Mittlerweile haben sie sich in zahlreiche konkurrierende Organisationen gespalten, deren etwa 5000 Mitglieder (davon $\frac{1}{3}$ aktiv) in Form einer Guerilla für einen unabhängigen Tamilenstaat („Eelam“) kämpfen. Ihre Gewalttaten, denen jegliches klare politische Konzept fehlt, richten sich dabei nicht nur gegen Polizei und Armee, sondern zunehmend auch gegen die im Tamilengebiet lebende singhalesische Minderheit.

Das eigentliche politische Sprachrohr der radikalen Tamilen ist die „Tamil United Liberation Front“. 1976 als Zusammenschluß kleinerer Parteien entstanden, sprach sie sich zwar auf ihrem Gründungskongreß für ein separates „Eelam“ aus, würde sich aber auch mit einer gewissen Autonomie der Tamilen-Region begnügen. Sie fordert die Beseitigung der sprachlichen Diskriminierung, eine angemessene Vertretung der Tamilen im Staatsdienst und verstärkte wirtschaftliche Hilfen für die unterentwickelten Tamilen-Gebiete. Derzeit kann sie allerdings nur ausserparlamentarisch agieren, nachdem sie noch bis 1983 mit 16 Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament gestellt hatte. Nach den Unruhen verweigerte sie jedoch von ihr geforderte Erklärung, daß sie dem Separatismus abschwöre, und wurde deshalb aus dem Parlament ausgeschlossen.

Die schwierige Suche nach einer Lösung

Eine definitive Lösung der Probleme ist derzeit kaum in Sicht, zumal die politische Führung in Colombo keineswegs Einigkeit zeigt. Staatspräsident *Junius Richard Jayawardene* selbst gibt sich als kompromißbereiter Demokrat, obgleich die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen und die Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments durch ein Referendum (die die Herrschaft der UNP bis mindestens 1988 sichern sollen) das Vertrauen in seine Amtsführung nicht gerade gestärkt haben. Immerhin leitete er Anfang 1984 *All-Parteien-Gespräche* ein, in denen – zögerlich – nach Lösungen gesucht wurde.

Die Gespräche kamen nicht zuletzt durch entsprechenden *indischen Druck* auf alle Beteiligten zustande, ist doch Indien direkt durch das Tamilen-Problem betroffen. Die 50 Millionen indischen Tamilen läßt das Schicksal ihrer ethnischen Verwandten keineswegs gleichgültig, zumal der Bundesstaat Tamil Nadu 40 000 tamilische Flüchtlinge beherbergt. Außerdem besteht die Gefahr, daß der tamilische Separatismus auf Indien übergreifen könnte, genießen doch die Extremisten in Tamil Nadu, wo sie auch Ausbildungslager unterhalten, in gewissen Kreisen durchaus Sympathien.

In den All-Parteien-Gesprächen wurde insbesondere ein Vorschlag Jayawardenes beraten, der die Bildung von Regionalräten vorsah, denen man Kompetenzen bezüglich der lokalen Polizei, des Schulwesens und der Agrarfragen übertragen wollte. Die SLFP wie auch die Indien-Tamilen, vertreten durch der UNP nahestehende Gewerkschafter, standen dem Angebot zunächst positiv gegenüber, die TULF lehnt die Vorschläge dagegen als zu begrenzt ab. Dennoch wäre hier eher ein Konsens zu erzielen gewesen als etwa in allgemeinen Fragen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik. Hier fordern insbesondere Indien-Tamilen und Moors eine Orientierung an ethnischen Quoten, während den Sri-Lanka-Tamilen angesichts ihres im Durchschnitt höheren Bildungsniveaus die Festsetzung allgemeiner Kriterien – etwa für die Zulassung zum Staatsdienst – genehmer wäre.

Unter dem Eindruck der neuerlichen Welle von Gewalttaten verhärteten sich die Fronten jedoch derart, daß Jayawardene die Gespräche schließlich Ende 1984 für gescheitert erklärte. Ohnehin kann er den Tamilen nur in bescheidenem Maße entgegenkommen, da er auf die eingefleischten Nationalisten Rücksicht nehmen muß. Angeführt von Premierminister *Ranasinghe Premadasa*, streben sie vorrangig eine militärische Lösung des Extremistenproblems an, bevor sie eventuell zu minimalen Zugeständnissen bereit wären. Eine Beruhigung der Lage ist im übrigen kaum zu erreichen, solange sich große Teile der Ordnungskräfte politischer Rückendeckung sicher sein können, wenn sie sich gegenüber singhalesischen Extremisten passiv verhalten, andererseits aber gelegentlich brutale Selbstjustiz an Tamilen üben. So hat zwar die Regierung zugesagt, die wahllose Beschießung der Ortschaft Valvettiturai und die Zerstörung von über 100 Häusern von Tamilen in Mannar im August 1984 untersuchen zu

lassen, doch bleiben Zweifel, ob die Schuldigen tatsächlich bestraft werden.

Das Tamilen-Problem innerhalb der katholischen Kirche

Der Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen berührt auch das *religiöse Leben*. Immerhin sind fast 95% der Singhalesen Buddhisten und 85% der Tamilen Hindus (69,3% bzw. 15,5% der Gesamtbevölkerung). So richten sich die Ausschreitungen oft auch gegen religiöse Stätten – allein im Distrikt Trincomalee wurden 1983 über 10 Hindu-Tempel zerstört.

Auch die Christen sind erheblich von den Spannungen betroffen, zählt doch die katholische Kirche unter ihren 1,05 Millionen Gläubigen $\frac{1}{3}$ Tamilen (unter den 100 000 Protestanten beträgt der Anteil fast 50%). Im Norden des Landes sind die Katholiken fast ausschließlich Sri-Lanka-Tamilen, im Osten 75%, und auch in den übrigen Regionen schwankt der Anteil von Sri-Lanka-Tamilen bzw. Indien-Tamilen zwischen 25% und 50%. Nur im Gebiet nördlich von Colombo, in dem allerdings die meisten Katholiken Sri Lankas leben, stellen die Singhalesen 90% des Kirchenvolkes. Und während im Landesdurchschnitt 6,8% der Bevölkerung der katholischen Kirche angehören, sind es unter den Tamilen über 10%. Im – nicht allzu bevölkerungsreichen – Distrikt Mannar sind sogar über 40% der Einwohner Katholiken (vgl. *Fides*, 2. 12. 81).

Dies führte in der Vergangenheit gelegentlich zu *innerkirchlichen Spannungen*, da sich Tamilen im Rahmen der Gesamtkirche benachteiligt glaubten. Inzwischen bemüht man sich jedoch längst, den spezifischen Problemen weitestgehend gerecht zu werden. Die drei mehrheitlich tamilischen Diözesen werden von tamilischen Oberhirten geleitet, und auch die Ausbildung der Tamilen-Priester ist stärker auf die tamilischen Bedürfnisse abgestimmt. Zu diesem Zweck wurde 1980 in Jaffna ein neues Priesterseminar eröffnet, das die Seminaristen besser mit den religiösen und kulturellen Problemen der Tamilen vertraut machen soll, als dies offensichtlich das bis dahin einzige, voll ausgebaute nationale Priesterseminar in Kandy konnte – dies ließ jedenfalls Bischof *Jakob B. Deogupillai* von Jaffna verlauten (*Katholische Missionen* 3/1982, S. 105).

Der Verbesserung der sozialen Lage der Indien-Tamilen dienen gleich mehrere Institutionen, darunter das 1971 in Kandy gegründete „Satyodaya („Morgenröte der Wahrheit“) – Zentrum für soziale Forschung und Begegnung. Diese Einrichtungen bemühen sich zudem um einen Ausgleich zwischen den Volksgruppen. Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß bisher nur etwa 10% der kirchlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen in den mehrheitlich tamilischen Diözesen angesiedelt sind, hier also ein gewisser Nachholbedarf besteht.

In einigen Fällen mußten Priester erleben, daß der Einsatz für die Belange der Tamilen nicht ungefährlich ist. So wurden im November 1982 in Jaffna u. a. sechs katholi-

sche Priester, ein anglikanischer und ein methodistischer Pfarrer verhaftet, weil sie angeblich Informationen über Terroristen verheimlicht und diesen Unterschlupf gewährt hatten. Trotz energischer Proteste des zuständigen Bischofs wie des Diözesan-Priesterrats wurden schließlich zwei der Priester ohne Gerichtsverfahren auf Dauer inhaftiert. Einer von ihnen beteuert weiterhin seine Unschuld und wartet immer noch auf seinen Prozeß. Der andere ist allerdings aus der Haft entflohen und hat sich den militanten Tamilen angeschlossen, was noch kürzlich von der Bischofskonferenz aufs schärfste verurteilt wurde (*Far Eastern Economic Review*, 15. 11. 84). Für neuen Konfliktstoff sorgte im übrigen, daß Angehörige der Sicherheitskräfte Anfang Januar 1985 einen Priester der Diözese Mannar erschossen, der Terroristen unterstützt haben soll – ein Vorwurf, den der Bischof von Mannar öffentlich mit Entschiedenheit zurückwies.

Um Versöhnung bemüht

In der Vergangenheit hatten die kirchlichen Gemeinschaften und ihre Führungen in der Tamilen-Frage eher Zurückhaltung gezeigt – wohl vor allem, um das bis in die frühen sechziger Jahre recht gespannte Verhältnis zum Staat nicht erneut zu belasten. Es blieb einzelnen Kirchenführern, darunter Erzbischof *Nicholas M. Fernando* von Colombo, vorbehalten, den Extremismus auf beiden Seiten zu verurteilen und zur Versöhnung aufzurufen. Die Ereignisse von 1983 bewogen jedoch die Bischofskonferenz, sich im Juni 1984 erstmals in einem gemeinsamen Hirtenbrief zum Tamilen-Problem zu äußern.

Die Bischöfe beklagen die Spaltung der Nation, die ihrer Meinung nach nicht nur historische Ursachen hat, sondern auch durch politisches Fehlverhalten aller Beteiligten in der jüngeren Vergangenheit bedingt ist. So habe die Schwächung der Demokratie und die vorwiegend auf die materiellen Interessen bestimmter Gruppen ausgerichtete Wirtschaftspolitik den moralischen Niedergang der Gesellschaft begünstigt und dem Extremismus Vorschub geleistet. Zur Erhaltung der nationalen Einheit empfehlen sie die Wiederherstellung einer echten Demokratie, die den Minderheiten ausreichenden Schutz gewähren soll. Hierzu gehöre – neben einem sozialen Friedenspakt – insbesondere die Anerkennung von Tamil als offiziell gleichberechtigter Staatssprache. Selbstkritisch wird vermerkt, daß auch innerhalb der Kirche noch Vorurteile zu überwinden seien. Deshalb will man Programme ausarbeiten, die den Gläubigen ein tieferes Verständnis der sozialen und kulturellen Vielfalt des Landes vermitteln könnten (vgl. *Weltkirche* 5/1984).

Die nationale Aussöhnung bedarf in der Sicht der Kirche vor allem auch eines überkonfessionellen Konsenses. Ein jüngster Schritt hierzu war im April 1984 die Gründung einer „United Religious Organization“, der führende Vertreter aller großen Religionsgemeinschaften angehören, darunter von katholischer Seite der Weihbischof von Colombo. An ihrer Spitze steht mit *Walpola Rabula Thera* der offizielle Sprecher des Obersten Rates der buddhisti-

schen Mönche, eine als hervorragender Gelehrter allseits geachtete Persönlichkeit.

Die URO will sich um die Verhinderung neuer Rassenunruhen bemühen und zugleich Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Milieus und zur Bekämpfung der Kriminalität erarbeiten. Entsprechend appellierte sie z. B. Mitte August 1984 eindringlich an die tamilischen Extremisten wie die Extremisten innerhalb der Ordnungskräfte, die Gewalttaten einzustellen, und erklärte sich sogar zur Vermittlung bereit (vgl. Far Eastern Economic Review 30. 8. 84). Der Aufruf brachte zwar keinen konkreten Erfolg, doch ist zu hoffen, daß das moralische Engagement der URO zumindest auf längere Sicht eine positive Wirkung zeigt.

Ein blühendes Gemeindeleben

Trotz der ethnisch-sozialen Spannungen hat sich das Kirchenleben in den letzten Jahren weiterhin sehr erfreulich entwickelt. In einem Land, dessen Bevölkerung zutiefst religiös ist, finden auch die umfangreichen Aktivitäten pastoraler Einrichtungen großen Widerhall. Seinen Ausdruck erhält dies nicht zuletzt in den zahlreichen Wallfahrten zu Marien-Heiligtümern. Der bedeutendste Wallfahrtsort, Madhu in der Diözese Mannar, zieht allein im August bis zu 200 000 Pilger an.

Begünstigt wird dies dadurch, daß die Kirche kaum Priesterangelangt kennt. Allein 1982 wurden 41 Neupriester geweiht, und zudem gab es etwa 200 Seminaristen. Insgesamt zählte man 1982 375 Welt- und 243 Ordenspriester, dazu 450 Ordensbrüder und 2200 Ordensschwestern. Unter ihnen waren kaum noch Ausländer, wobei insbesondere der hohe Anteil einheimischer Ordenspriester (zumeist Oblaten) erstaunt (Angaben nach Annuario Ponti-

ficio 1984). Diese Entwicklung gestattet es der Kirche sogar, in wachsendem Maße Ordensleute ins Ausland zu entsenden, vor allem nach Pakistan.

Gewisse Sorgen bereitet ihr allerdings eine allgemeine *Wachstums-Stagnation*. Die Zahl der Gläubigen erhöht sich nur langsam, ja der katholische Bevölkerungsanteil sinkt – wenngleich geringfügig – weiterhin (seit 1971 um 0,3%). Dies ist einerseits darin begründet, daß der Missionierung unter anderen Religionsgemeinschaften begrifflicherweise äußerst enge Grenzen gesetzt sind. Zum anderen gibt es unter jenen, die das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, überdurchschnittlich viele Christen. Die Auswanderungswelle wie auch die Inlandsimmigration von Arbeitern stellt die Kirche vor neue Probleme, leiden die Familien hierunter doch sowohl sozial wie auch moralisch. Entsprechend versucht man durch Hilfsprogramme, entwurzelten und in Not geratenen Familien geistigen wie materiellen Halt zu bieten, obwohl gerade die finanziellen Mittel der Kirche sehr beschränkt sind.

Insgesamt hat sich die Kirche längst zu einer durchaus geachteten Kraft des öffentlichen Lebens entwickelt, die auch in den Medien in zumindest bescheidenem Maße präsent ist. Das Verhältnis zu staatlichen Stellen ist zwar eher distanziert, dennoch aber frei von größeren Spannungen, sieht man von der Tamilen-Frage ab. Hierzu hat sicherlich beigetragen, daß sich die katholische Kirche zu einer Gemeinschaft gewandelt hat, die den politischen wie kulturellen Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen versucht. So gestalten sich auch die offiziellen Beziehungen zu den anderen Religionen recht gut, wenngleich die Intensität der Kontakte auf lokaler Ebene nicht allzu groß ist. Mit gelegentlichen Anfeindungen extremistischer Buddhisten wird die Kirche weiterhin leben müssen und wohl auch können.

Peter Drews

Kurzinformationen

In seiner Weihnachtsansprache an die Kurie hat Johannes Paul II. die Rolle der Glaubenskongregation für den Schutz des Glaubensgutes in der Kirche hervorgehoben. Die Kongregation lasse sich, so der Papst am 21. Dezember 1984, bei ihren Interventionen „stets von strengen Kriterien der Achtung von den Personen“ leiten. Er bekannte sich zur Wichtigkeit eines redlichen und offenen Dialogs innerhalb der Kirche; dieser Dialog müsse aber als Weg des Suchens nach dem Wahren und Richtigen verstanden werden. Kein Teil des überkommenen Glaubensgutes dürfe beiseite gelegt, entstellt oder vernachlässigt werden. Johannes Paul II. verwies auf die Aussagen der Konstitution „Lumen gentium“ über die Kirche als Gemeinschaft von Teilkirchen: die Erfahrungen der Teilkirchen dürften aber nicht isoliert in die Praxis umgesetzt werden, „nicht unabhängig oder gar in direktem Widerspruch zu dem,

was die Kirchen in den anderen Teilen der Welt erfahren“. Es widerspreche der Ekklesiologie des Zweiten Vatikanums, Richtungen einzuschlagen, die zur Abkapselung führten, oder zentrifugale Tendenzen zu begünstigen. Der *wahre Pluralismus* wirke sich niemals trennend aus, sondern sei ein Element, das zum Aufbau der Einheit der universalen Gemeinschaft der Kirche beitrage. Der Papst unterstrich auch in dieser Ansprache, daß die Kirche die „vorrangige Option für die Armen“ zu der Ihren mache. Diese Option gründe sich wesentlich auf das Wort Gottes, nicht auf Kriterien, die von Humanwissenschaften oder gegensätzlichen Ideologien angeboten würden. Die Formen der Armut, so der Papst, seien vielfältig: Es gebe auch die Armut, die aus dem Mangel an geistlichen Gütern herrühre, auf die der Mensch von Natur aus ein Recht habe.